ROTE KOMMENTARE

29.4.70

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Heidelberg
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: R. Heß, c/o Asta, Grabengasse 14
Druck: J. Noth

SOZIALISTISCHE MAIKUNDGEBUNG

15 UHR BIS 16[15] UHR
AUF DEM UNIVERSITÄTSPLATZ

Es sprechen:

E. BECKER (SDS Heidelberg): Löhne und Preise in der BRD im Frühjahr 1970

BONNO SCHÜTTER (Arbeiterpolitik Bremen): Die Situation in den Betrieben und die Rolle der Gewerkschaften
Betriebsratsvorsitzender d. Klöckner-Hütte Bremen bis Oktober 1969

Vertreter der spanischen und türkischen Arbeiter
Juan und José singen Lieder der deutschen und der spanischen Arbeiterbewegung

Mit ca. 6000 Beschäftigten ist die Klöckner-Hütte in Bremen eines der großen Werke in Norddeutschland. In Zuge der Umstrukturierung der Stahlindustrie spielt sie eine entscheidende Rolle. In der Streikperiode im September 69 wurde bei Klöckner der längste Streik organisiert durchgeführt und erfolgreich beendet. Dies war nur möglich, weil die Belegschaft selbständig zu handeln wußte. Einer der aktiven Sprecher war Bonno Schütter. Schütter, Vermessungstechniker von Beruf, war 1968 als stellvertretender Betriebsratsvorsitzender von der Unternehmensleitung fristlos entlassen worden, weil er entschieden gegen die Notstandsgesetze Stellung bezog. Schütter ging erfolgreich gerichtlich gegen diese Entlassung vor und gewann im Mai 69 mit einer Liste aus linken Gewerkschaftern 50.9 % aller Stimmen bei der Betriebsratswahl. Er wurde zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Die IG-Metall hatte in schändlicher Weise versucht, den Erfolg der Schütter-Liste zu verhindern, weil die Kandidaten dieser Liste sich nicht mit den untersten und aussichtslosesten Plätzen der offiziellen IG-Metall-Liste zufriedengegeben hatten. In den Roten Kommentaren vom 30.1.70 sind die Vorgänge bei Klöckner nachzulesen, die zeigen, wie eine Belegschaft, wenn sie erfolgreich für ihre Interessen gegen die Unternehmensleitung kämpft, sich zugleich undemokratischer Praktiken der Gewerkschaftsbürokratie erwehren muß.

Am 1. Mai 1890 demonstrierte die internationale Arbeiterbewegung in zahlreichen Ländern für die Einführung des 8-stündigen Arbeitstags. Dies stellt den organisierten kämpferischen Beginn des "1. Mai" dar.
Heute - nach 80 Jahren - erreicht die Arbeiterschaft gerade den 8-stündigen Arbeitstag und die 40-Stunden-Woche. (Wir sehen hier einmal davon ab, daß auch nach Einführung der 40-Stunden-Woche viele Arbeiter gezwungen sind, länger zu arbeiten, um sich und ihre Familien zu erhalten.) Wenn man bedenkt, daß die Löhne immer noch nahe am Existenzminimum krebsen, und dagegen das ungeheuere Anwachsen des produzierten Reichtums hält, kommt man zu dem Schluß, daß sich seit 1890 nicht sehr viel geändert hat, und zwar für die Arbeiterklasse. Im Mai 1968, anläßlich der Massenstreiks in Frankreich, drückte ein französischer Arbeiter diese Erkenntnis so aus: "Seit 1936 habe ich für Lohnerhö-

→

INHALT:
INTERNATIONALE ARBEITERBEWEGUNG:
Neuer Generalstreik in Italien
Solidarität mit den spanischen Arbeitern

10 Jahre Teldix oder der Glaube an den Kapitalistischen Fortschritt

hung gekämpft. Vor mir hat schon mein Vater für Lohnerhöhung gekämpft. Jetzt habe ich Fernseher, Eisschrank und ein Auto. Aber alles in allem ist mein Leben immer ein Hundeleben gewesen. Redet nicht mit den Bossen, schmeißt sie einfach raus."

Dieser französische Arbeiter hat vermutlich noch mit Unterstützung seiner Gewerkschaft für Lohnerhöhungen gekämpft. Im September 1969 stellte sich in der Bundesrepublik Deutschland heraus, daß Hunderttausende in der Stahlindustrie und im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie, in der Textilindustrie und im Öffentlichen Dienst zum Teil gegen ihre Gewerkschaften höhere Löhne erkämpfen mußten.

Die Gewerkschaften haben daraus nicht den Schluß gezogen, daß die Löhne und Gehälter unerträglich niedrig geworden waren und sie selbst es versäumt hatten, den Kampf um höhere Löhne und Gehälter zu führen; sie haben beschlossen, ihre Mitglieder wieder fester "in den Griff" zu bekommen.

In Heidelberg läßt der hiesige DGB zu diesem Zweck den Finanzminister der SPD, Möller, sprechen. Auf dem fliederfarbenen Einladungsflugblatt des DGB ist leider nicht erwähnt, worüber Möller sprechen wird. Es wird dort nur gesagt, daß er eine "Ansprache" hält. Lassen sich vielleicht die Versprechungen, die Möller machen wird, gar nicht in einem einzigen Thema zusammenfassen? Wir wissen es nicht. Mit Sicherheit wird Möller in der Stadthalle den nageineuen Plan der SPD zur Vermögensbildung, der vom SPD-Präsidium pünktlich zum 1. Mai beschlossen wurde, verkaufen: Jeder Arbeitnehmer, das ist der wichtigste Bestandteil des Plans, soll - in 10 Jahren - ein Privatvermögen von einem durchschnittlichen Jahreslohn auf dem Konto haben. Da kann man nur sagen, lieber heute als morgen. Endlich wird dann der Arbeitnehmer so unabhängig sein, daß er nicht mehr ständig durch die Kündigungsdrohung der Unternehmer erpreßt werden kann. Er ist auch nicht mehr so sehr wie bisher im Falle des Streiks einer Erpressung durch die Gewerkschaften ausgesetzt, das Streikgeld zu verweigern. Aber die SPD, Bundesregierung und Bundestag werden alles tun, den Vermögensbildungsplan so durchzuführen, daß er sich nicht im wirklichen Interesse der Arbeitnehmer auswirkt, d.h., daß der Arbeiter über das Geld gerade nicht frei verfügen kann. Das Geld wird so fest angelegt sein, daß er es dann, wenn er es braucht nicht zur Verfügung hat. Das Interesse des Arbeitnehmers besteht erst mal darin, im Verkauf seiner Arbeitskraft möglichst flexibel zu werden, um möglichst viel bei der Ausbeutung seiner Arbeitskraft für sich selbst herauszuholen. Gerade dabei hilft es nichts, einige Tausend DM langfristig gebundenes Vermögen zu besitzen, das er zudem erst in 10 Jahren, wenn er es noch erlebt, wenn keine Krise dazwischen kommt usw. besitzen soll.

Außer Möller und H. Neumann vom DGB wird diesmal auch ein Arbeiter sprechen. Die Gruppe der spanischen Arbeiter hat inzwischen durchgesetzt, daß sie ihre Rede halten wird. (Wir haben in den Roten Kommentaren vom 28. und vom 21.4.70 bereits über die langwierigen Bemühungen der Spanier berichtet). Daß die Spanier schließlich Erfolg hatten, ist nicht zuletzt einer taktischen Überlegung der Gewerkschaftsbosse zu verdanken, den Minister Möller nicht in einer "unangenehmen Situation" zu sehen. Trotzdem, die Spanier haben sich durchgesetzt.

Am 1. Mai findet um 15.00 Uhr die sozialistische Maikundgebung statt. Sie wird in der Hauptsache von der Jugend getragen werden. Solange es keine politisch organisierte Arbeiterklasse gibt, übernehmen eben die sozialistischen Studenten die Durchführung der Veranstaltung. Daß dies nur für eine Übergangszeit gilt, zeigt die Tatsache, daß Bonno Schütter auf der Maikundgebung sprechen wird.

Machen wir die sozialistische 1. Mai-Kundgebung zu einer wirkungsvollen Manifestation!

Internationale Arbeiterbewegung

Neuer Generalstreik in Italien

Für die zweite Aprilhälfte hatten die Gewerkschaften in Italien regionale Generalstreiks für 8 Stunden und einen Streik der Eisenbahner für 24 Stunden angekündigt. Schon in der ersten Aprilhälfte hatten Regionalstreiks sowie einzelne Streiks in verschiedenen Betrieben und Branchen stattgefunden, z.B. der in der Kühlschrankindustrie, der gegen die Verurteilung von 24 Arbeitern organisiert wurde, die wegen "Gewalttätigkeit, Sabotage und Verstosses gegen die Arbeitsfreiheit" während der großen Streiks angeklagt wurden; oder der in der Textilindustrie in der Gegend von Mailand und Turin für eine Lohnsteigerung der besonders niedrigen Löhne in dieser Branche.

DIE STREIKBEWEGUNG IM HERBST '69 UND JANUAR 70

Der letzte Höhepunkt des gewerkschaftlichen Kampfes der italienischen Arbeiter war der Generalstreik im November 1969. Wir wollen im folgenden versuchen, die verschiedenen Etappen des Kampfes der italienischen Arbeiterklasse, seine Erfolge und die Fehler der Gewerkschaften sowie die Gründe für die neue verstärkte Streikbewegung seit Anfang April aufzuzeigen.

Die Vertragsabschlüsse im November und Dezember erbrachten zunächst nicht die Ergebnisse, die die Arbeiter aufgrund der ungeheuren Streikbewegung des letzten Jahres hatten erwarten können. Dies geht im wesentlichen zu Lasten einer falschen Taktik der Gewerkschaften, die im Einverständnis mit dem reformistischen Teil der Bourgeoisie - in Gestalt des Arbeitsministers Donat Cattin- zunächst die Tarifverträge der schwächeren Sektoren, z.B. den mit den süditalienischen Landarbeitern, abgeschlossen hatten, und dann die mit den stärkeren Sektoren, wie Chemie- und Stahlindustrie, bei denen dann verhältnismäßig wenig für die Arbeiter heraussprang. Ebenso hatten die Gewerkschaften die Arbeiter mit der Einführung der 40-Stunden-Woche auf zwei weitere Jahre vertröstet, obwohl die 40-Stunden Woche schon im November 1969 hätte durchgesetzt werden können. Auf Grund dieser falschen Taktik konnten die Arbeiter wesentliche Lohnforderungen erst durch neue

Streiks im Dezember und Januar durchsetzen. So wurden allein von Dezember bis Januar in den verschiedenen Branchen folgende Lohnerhöhungen erkämpft: Landarbeiter 1,8% Transportarbeiter 5,1%, in den Branchen industrieller Produktion 11,6%.

Welche Intensität der Arbeitskampf selbst nach dem "heissen Herbst" hatte, zeigt folgender kurzer Streikkalender vom Januar:

- am 2. Januar streikten 90 000 Transportarbeiter. Der Streik wurde am 7.1. und 9.1. 1970 fortgesetzt. Die Forderungen waren: Höherer Lohn, Kürzung der Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen.
- am 7. Januar veranstalteten die Arbeiter der privaten Gaswerke einen allgemeinen Streik im ganzen Land.
- am 8. Januar wurde ein allgemeiner Streik von 70.000 Mühlenarbeitern organisiert.
- am selben Tag besetzten Arbeiter einer Coca-Cola Fabrik bei Rom den Betrieb.
- Die Arbeiter des Roten Kreuzes traten am selben Tag in in einen 3-tägigen Streik.
- am 20. Jan. streikten die Druckerei-Arbeiter von Rom, und die Arbeiter verschiedener privater Gaswerke traten in einen 72-stündigen Streik.

Die falsche Taktik der Gewerkschaften im ökonomischen Kampf, die darauf hinzielte, die spontanen Kämpfe der Atbeiter in den Fabriken links zu überholen, ohne eine langsame und stetige Mobilisierung im Arbeitskampf voranzutreiben, hatte die italienischen Arbeiter mehr als nötig gekostet. Denn die italienischen Gewerkschaften konnten den Arbeitern keine finanzielle Unterstützung geben, weil sie aufgrund der niedrigen Gewerkschaftsbeiträge nicht über Streikkassen verfügen. (Anders als bei den deutschen Gewerkschaften, die zwar genügend Gelder haben, diese aber gar nicht mehr als Streikkassen benützen, wofür sie eigentlich angelegt wurden) Erst in den jetzigen Streiks haben die Arbeiter verschiedener Fabriken begonnen, eigene Streikkassen zu gründen.

DIE POLITIK DER BOURGEOISIE

Die große Streikbewegung im Herbst hatte die Bourgeoisie gespalten, und zwar in einen reformerischen Flügel unter Führung des Arbeitsministers Donat Cattin, der auf schnelle Vertragsabschlüsse mit den Gewerkschaften drängte, und einen reaktionären Flügel. Dieser Flügel, der sich durchsetzte, nachdem Donat Cattins Politik gescheitert war, ließ verlauten: Unsere Wahl einer reformerischen Linie mit Donat Cattin und den Gewerkschaften ist zu gefährlich, sie hat nicht das Anhalten der Massenbewegung gebracht, sondern ihr Voranschreiten. Wir haben keine Garantien. Wir können bei Lohnforderungen Zugeständnisse machen, aber wer sagt uns, daß es den Gewerkschaften gelingt, die Bewegung der Arbeiter zu kontrollieren (genauso wie dieser reaktionäre Flügel hatte auch Schiller während der Septemberstreiks argumentiert.).

Die Kapitalisten bekamen Angst vor der zunehmenddbewußteren Aktivität der Arbeiter und ihrer Reaktion auf den Lohnkampf der Arbeiter war brutal: nicht nur, daß sie massenweise Arbeiter aussperrten und zum Teil entließen(vor allem bei Fiat), sondern sie setzten ebenso den Unterdrückungsapparat des Staats und den Propagandaapparat der bürgerlichen Presse in Gang. In den Monaten von Dezember bis Februar wurden nicht weniger als 14.000 Arbeiter, Gewerkschaftler, Studenten und Intellektuelle vor Gericht angeklagt. Die Faschisten kamen den unterdrükkerischen Maßnahmen der staatlichen Institutionen mit einer Reihe von Terrorakten, wiezz. B. dem Mailänder Bombenattentat vom November, zu Hilfe. Dieses wurde dann der Linken in die Schuhe geschoben und wurde propagandistisch von der bürgerlichen Presse gegen streikende und demonstrierende Arbeiter und für eine Regierung der "Ruhe und Ordnung" ausgeschlachtet.

Gegen diese Reaktion der Kapitalistenklasse, die alle Register des Terrors gezogen hatte, mußte sich die Arbeiterklasse jetzt in einer breiten demokratischen Front verteidigen. Diese Front umfaßte Arbeiter, Bauern, Studenten und Intellektuelle und wurde in großen Straßendemonstrationen, kleineren Streiks und einem 2-Stündigen Generalstreik im ganzen Land vorangetrieben.

DIE PREISSTEIGERUNG UND DIE JETZIGE STREIKBEWEGUNG

Als zweiter harter Schlag traf die Arbeiter der ungeheure Anstieg der Preise bis Dezember 1969. Im Januar und Februar folgte geradezu eine Preislawine, die von den Kapitalisten mit dem alten Märchen von der sogenannten Lohn-Preis-Spirale begründet wurde. Daß dies aber wirklich ein Märchen ist, daß die Preise nicht deswegen gestiegen sind, weil die Löhne gestiegen sind und daß die Arbeiter lediglich einen Teil dessen erkämpfen konnten, was ihnen durch die Preissteigerungen wieder weggenommen wurde, zeigen ein paar Zahlen. Im September 1969 waren die Preise um 3,5% höher als im Vorjahr, die Nachfrage war aber von Januar bis September 69 um 22,5% gestiegen. Anfang 1968 waren die Preise absolut gesunken, obwohl in diesem Zeitraum die Löhne gestiegen sind. Wenn also ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Lohnsteigerungen und Preissteigerungen bestünde, hätten die Preise damals um etwa den gleichen Prozentsatz wie die Löhne bzw. die Nachfrage steigen müssen.

Zum anderen hatte der kapitalistische Staat die Lohnsteuerabgaben ziemlich erhöht. Dies sind die Gründe für die neue Streikbewegung, mit der die Arbeiter nach der Regierungsbildung Anfang April ihre ökonomischen Grundlagen wieder sichern müssen. Denn die Preise für Lebensmittel und Mieten waren im letzten Vierteljahr um 5,4% gestiegen(Großhandelspreise 8,5%, Verbraucherpreise5%). An Lohnsteuern und Sozialabgaben muß der italienische Arbeiter jetzt nahezu 7% mehr bezahlen als im Oktober 1969.

DER KAMPF UM DIE SOZIALREFORM

Die Mobilisierung der Arbeiter in den letzten Monaten hat jenen Grad erreicht, daß sie nicht nur den Kampf um höhere Löhne führen, sondern den gewerkschaftlichen Kampf auf Sozialreformen ausweiten können. So war schon die Senkung der Mieten eine wesentliche Forderung während der Streiks im Herbst und im Januar gewesen. Vor allem die Arbeiter von Fiat hatten diese Forderung energisch vorgetragen; denn hier war ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Lohnkampf deshalb gegeben, weil die Stadt Turin, wo die Fiat-Arbeiter wohnen, praktisch von den Fiat-Werken abhängig ist - ähnlich wie bei uns et-

wa Leimen vom Zementwerk oder Weinheim von Freudenberg abhängig ist.
Die Gewerkschaften haben jetzt ein Paket von Sozialreformen aufgestellt, das die Kommunistische Partei global durchsetzen will. Es soll enthalten:

1. Eine Steuerreform. Hier ist der wesentliche Punkt die Erhöhung der Lohnsteuerfreibetragsgrenze von 60,--DM auf 650,--DM Monatslohn, eine Maßnahme, die auf die Angleichung des Nettolohns der unteren Lohnstufen an die der mittleren abzielt.
2. Verbesserung des öffentlichen Verkehrswesens und die Forderung nach kostenloser Beförderung zum Arbeitsplatz (heute muß eine Familie etwa 220,--DM im Monat für Fahrtkosten zahlen.)
3. Verbesserung des Gesundheitswesens (Unfallverhütung, Verbesserung der Krankenpflege)).
4. Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Senkung der Mieten und Reduzierung der Spekulation auf den Bausektor.
5. Reform und Demokratisierung im Schul- und Bildungswesen.

DIE STRATEGIE DER KPI

Daß sind Forderungen, die im unmittelbaren Interesse der Arbeiter liegen. Das ist ganz klar. Aber die KPI, die diese Forderungen vorträgt verbindet damit einen eigenartigen strategischen Plan. Vor ein paar Tagen sagte Amendola (KPI) im italienischen Parlament, der gewerkschaftliche Kampf verlagere sich von der Ebene der Forderungen und Lohnkämpfe auf die Ebene der Strukturreform. Was bedeutet dieser eigenartige Satz? Konnten die Arbeiter im gewerkschaftlichen Kampf jemals etwas anderes tun als Forderungen zu stellen und für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen kämpfen? In einem Artikel in der italienischen KP-Zeitung Unità vom 13.4.70 folgt der Ankündigung von Regionalstreiks in beinahe ganz Italien, die zur Durchsetzung der Sozialreform organisiert werden, der Satz: "Die Regierung hat verlauten lassen, daß die Forderungen der Gewerkschaften in das Regierungsprogramm aufgenommen werden. Wenn dem so ist, so kann das Vorgehen der Gewerkschaften und der Kampf der Arbeitereein neues Kapitel in der Geschichte des Verhältnisses der Arbeiter zum Staat einleiten." Hinter diesem Satz steht die gleiche These, die Togliatti auf dem Parteitag der KPI 1956 vortrug, daß nämlich die Arbeiterklasse "im Rahmen des konstitutionellen Regimes" - d.h. auf dem Weg über das Parlament und parlamentarische Wahlen sich zur herrschenden Klasse organisieren könne."
Unter Strukturreform versteht die italienische KP und die kommunistische Gewerkschaft also, daß die Arbeiter ihre Rechte durch verschiedene Reformforderungen erhalten können und den Kapitalismus wesentlich verändern können, indem sie den bürgerlichen Staatsapparat als Instrument gegen die Kapitalistenklasse einsetzen. Damit leitet die KPI nicht nur eine Revision der historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung ein, sondern täuscht auch die italienische Arbeiterklasse, die in den letzten Monaten zur Genüge gesehen hat, wessen Staat der italienische Staat ist, die bei der Neubildung der Regierung gesehen hat, daß die Kapitalistenklasse nicht friedlich die Staatsführung an die Kommunisten und die Arbeiterklasse abgeben wird auch wenn sie nur eine schwache und gespaltene Regierung auf die Beine stellen kann.

Neue Tendenzen im gewerkschaftlichen Kampf

1. Der neue Charakter der Ziele

Die zweifellos progressivste Tendenz im gewerkschaftlichen Kampf zeigte sich darin, daß von Teilen der Arbeiterklasse Forderungen aufgestellt wurden, die einer Vereinheitlichung des Kampfes bewirken; also Forderungen, die die krassen Lohnunterschiede zu beseitigen versuchen. So wurde z.B. im letzten Herbst die 4. Lohnstufe, der sogenannte Frauenlohn, abgeschafft. Freilich versuchten die Kapitalisten sofort dies rückgängig zu machen, indem sie die dritte Lohnstufe in eine obere und eine untere aufteilten.
In ähnlicher Weise wirkten die Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, also die Forderung nach der 40-Stunden-Woche, und Forderungen nach genereller Erhöhung des Grundlohns. Gerade diese Tndenzen konnten nur durchgesetzt werden, durch stetigen Druck der Arbeiter auf die Gewerkschaften, die die Durchsetzung solcher Ziele in Übereinstimmung mit den Unternehmern immer wieder zu verhindern suchten. Vor kurzem zeigte sich das deutlich bei einem Streik in den Fiat Werken von Mirafiori, wo die Gewerkschaftsvertreter sich für die Einführung der Arbeitsplatzbewertung aussprachen, viele Arbeiter sie jedoch ablehnten, eben weil sie das Lohnstufensystem auf höherer Ebene fortsetzt. Statt Arbeitsplatzbewertung fordern sie : Gleicher Lohn für alle, Verbesserung der Arbeitsplätze und besserer Unfallschutz.

2. Neue Formen des Kampfes

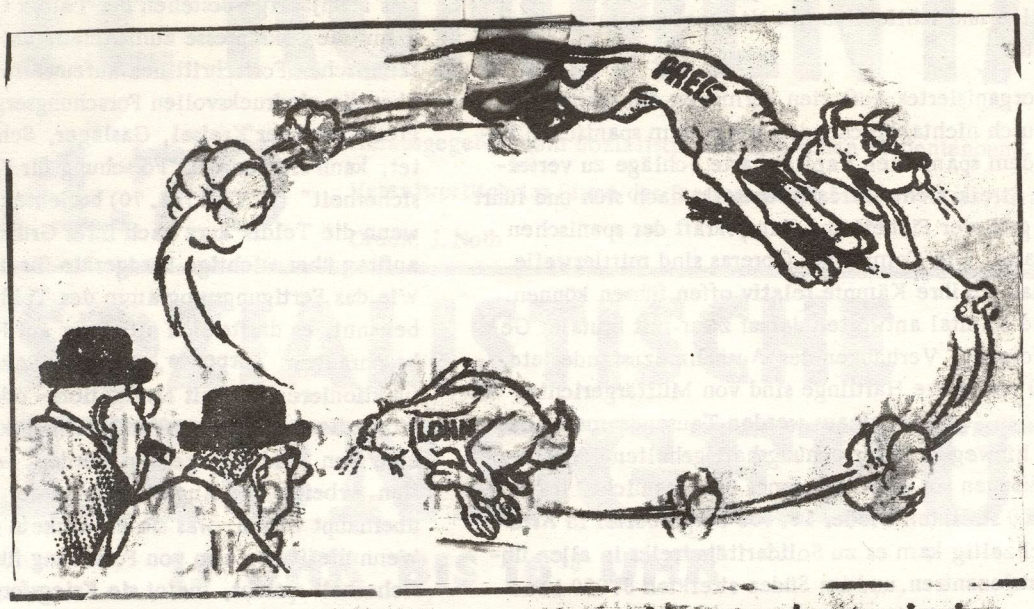
In den harten Auseinandersetzungen mit den Unternehmern haben die italienischen Arbeiter gelernt, verschiedene Formen von Streiks und Kampfmaßnahmen zu verwenden zur Durchsetzung bestimmter Ziele:

- Bummelstreiks zur Reduzierung des mörderischen Arbeitsrhythmus. Dieser Streik erfordert eine gute Organisation u und die Bereitschaft der Arbeiter kurzfristig auf die Akkordzulagen zu verzichten.
- Zyklische Streiks, Regional- und Generalstreiks, in denen vor allem Forderungen erhoben werden, die nur auf dem Weg über den Staatsapparat durchgesetzt werden können: Arbeitszeitverkürzung und verschiedene Sozialreformen.
- Besetzung von Fabriken als besonders harte Form der Auseinandersetzung. Zu erwähnen ist hier die Besetzung einer Schuhfabrik in Mittelitalien. Als die Fabrik von der Polizei geräumt werden sollte, erwiderten die Gewerkschaften diese Maßnahme mit einem Regionalstreik im Bereich der Schuhindustrie.

So vorbildlich haben sich die Gewerkschaften jedoch nicht oft verhalten, sondern haben vielfach gegen Streiks gewettert, die von Arbeitern ohne Gewerkschaftsführung organisiert wurden.

Die Arbeitskämpfe in Italien erforderten nicht nur die feste Solidarität der Arbeiter, sondern ebenso die Schaffung von Formen proletarischer Demokratie; das heißt die Wahl von Vertrauensleuten und Abteilungsdelegierten in den Fabrikversammlungen zur Kontrolle eben dieser Vertreter und der Gewerkschaften. In den kommenden Auseinandersetzungen

im April und Mai wird es wesentlich darauf ankommen, diese Formen der proletarischen Demokratie zu festigen und sie zu einem Instrument in den Händen der Arbeiter zu machen.



„Jetzt hetzt der erbarmungslose Hase schon wieder das arme Hündchen!"

Solidarität mit den spanischen Arbeitern

Die "traditionellen deutsch- spanischen Freundschaftsbeziehungen" (Welt, 23.4.70), die von Hitler angeknüpft und von Kiesinger vertieft wurden, werden jetzt von Scheel ausgebaut. Hitler schickte als Beweis seiner Freundschaft die Legion Condor und Flugzeuge, um seinem Freund Franco und dem Faschismus zu Sieg und Macht zu verhelfen, Scheel bringt Kredite und 200 Leopard-Panzer, um Franco und das faschistische Regime an der Macht zu halten. Die deutsche Regierung versucht zwar, sich aus der Affäre zu ziehen. Sie stellt die falsche Behauptung auf, daß die Panzer-Lieferung einzig und allein eine Angelegenheit zwischen dem spanischen Staat und der Firma Krauss-Maffei sei- natürlich aber muß die Ausfuhr von Kriegsmaterial von der Bundesregierung genehmigt werden. Außerdem flüchtet sie sich in die paradoxe Ausrede, daß Spanien kein Krisenzentrum sei. Aber wozu braucht Spanien dann Panzer, wenn es kein Krisenzentrum ist?

Spanien ist innenpolitisch so sehr Krisenzentrum, daß die spanischen Militärs die deutschen Panzer bitter nötig haben. Die Militärs brachten Franco an die Macht, sie sicherten über Jahrzehnte das faschistische Regime und sie sind heute nötiger denn je, um es gegen die erstarkende Macht der Arbeiter und Studenten zu verteidigen. Die BRD hat ein Interesse daran, daß das Franco-Regime nicht gestürzt wird, garantiert es doch als "Eckpfeiler der europäischen Süd-Flanke" (Welt, 23.4.70) und als monopolkapitalistischer Staat die Kontinuität und die Sicherheit des westdeutschen und westeuropäischen Kapitalismus. Mit Beunruhigung verfolgen die europäischen Kapitalisten die harten Kämpfe der spanischen Arbeiter und Studenten. Sie müssen feststellen, daß die Comisiones Obreras (Arbeiterräte) ein ernst zu nehmender Machtfaktor geworden sind. Und sie reagieren entsprechend mit der Lieferung von deutschen Panzern und französischen Flugzeugen. (Im Februar wurde ein Abkommen über die Lieferung von Mirage Flugzeugen zwischen Frankreich und Spanien geschlossen).

Mit der Machtübernahme der faschistischen Militärs 1939 waren die Arbeiter ihrer Kampfmittel vollkommen beraubt worden. Sie wurden in eine Einheitsgewerkschaft, in der Staat und Kapital in gesetzlich festgelegter Gemeinsamkeit die Ausbeutung "gewerkschaftlich" betreiben, gezwungen, und das Streikrecht wurde ihnen entzogen. Schon bei den leisesten Anzeichen von Arbeitskonflikten schlug der Staat mit brutaler Gewalt zu. Trotzdem begannen die Arbeiter, vor allem seit den fünfziger Jahren, sich das Streikrecht zu nehmen. Es wurden spontan Arbeiterräte, die Comisiones Obreras, gebildet, die den Streik organisierten und die sich nach Beendigung des Streiks - um sich dem Zugriff des Staatsapparats zu entziehen - sofort wieder auflösten.

Diese spontan gebildeten Arbeiterräte waren ein wichtiges Moment in der Ausbildung von festen Kadern in den jeweiligen Fabriken und für das politische Bewußtwerden der spanischen Arbeiter. Mit den Streiks von 1962, die in den wichtigsten Wirtschaftszentren gleichzeitig, nämlich in Asturien, im Baskenland, im Zentrum (Madrid) und in Katalonien ausbrachen, bildeten sich die Arbeiterräte zu einer festen Organisation der Arbeiter heraus. Der Kern der Organisation sind die Arbeiterräte in den einzelnen Fabriken, die auf öffentlichen Betriebsversammlungen demokratisch gewählt werden und jederzeit abwählbar sind. Die Entwicklung der Arbeitskämpfe machte einen Zusammenschluß auf der Ebene der Industriezweige notwendig; auf den Versammlungen

der Industriezweige entwickelten die von den Arbeitern gewählten Vertreter eine gemeinsame Strategie. Aus diesen Versammlungen entstanden die Generalversammlungen aller Industriezweige und schließlich die Nationalversammlung der Arbeiterräte.

Durch ihr organisiertes Auftreten vermögen die spanischen Arbeiter durch nichtabbrechende Streiks dem spanischen Regime und dem spanischen Kapital harte Schläge zu versetzen. Jeder Streik zieht Solidaritätsstreiks nach sich und führt zu immer größerer Einheit und Kampfkraft der spanischen Arbeiterklasse. Die Comisiones Obreras sind mittlerweile so stark, daß sie ihre Kämpfe relativ offen führen können. Regime und Kapital antworten darauf zwar mit brutaler Gewalt, Verfolgung, Verhängen des Ausnahmezustandes etc. - über 1.000 politische Häftlinge sind von Militärgerichten verurteilt worden, darüber hinaus werden Tausende manchmal über Jahre hinweg in Untersuchungshaft gehalten- doch zerschlagen können sie die Comisiones Obreras nicht. Im Dezember 1969 streikten wieder 11.000 Bergarbeiter in Asturien, gleichzeitig kam es zu Solidaritätsstreiks in allen übrigen Industriezentren. und im Süden streikten 8.000 Landarbeiter.

Von diesen Arbeitskämpfen sind die westdeutschen Kapitalisten direkt betroffen: wie Krupp, das in Asturien ein Stahlwerk hat, die deutsche Chemische Industrie, AEG-Telefunken etc. Sie alle profitieren von der Lohnpolitik des Franco Regimes und der Unterdrückung, die durch es ausgeübt wird. Die Lohnpolitik garantiert durch einen Richttageslohn von jetzt 6,--DM (Effektivlöhne etwas höher), also durch eine hohe Ausbeutungsrate die Kapitalakkumulation der Staats- und Privatmonopole. Daß westdeutschen Kapitalisten die Fortdauer des faschistischen Franco-Regimes nur angelegen sein kann, da sie daurch ihre Extraprofite gesichert wissen, zeigt exemplarisch der Fall der AEG Filiale in Tarrasa bei Barcelona. Während des Ausnahmezustandes Anfang 1969 kündigte dieser Betrieb zwei Arbeitern fristlos, die die Belegschaft zu Bummelstreiks aufgefordert hatten, um Lohnforderungen durch zusetzen. Die AEG-Telefunken berief sich bei ihren Gegenmaßnahmen darauf, daß der Ausnahmezustand mit einem Lohnstopp verbunden sei und es sich um staatliche Maßnahmen handle.- und diesen folgte sie gern. Ebenso reagierte diese Firma auf Lohnforderungen am 28.2. dieses Jahres. Zwei Arbeiter, die Mitglieder der von den Arbeitern gewählten Tarifkommission waren, wurden fristlos entlassen. Die Nachmittagsschicht führte einen halbstündigen Warnstreik durch, abends demonstrierten die Arbeiter in der Stadt gegen die Entlassungen. Die 1.400 Arbeiter der Morgenschicht beschlossen den Streik. Sie zogen im Demonstrationszug durch die Fabrikhallen und besetzten bis nachmittags 4.00 Uhr die Fabrik. Polizei wurde eingesetzt, es kam vor dem Betriebsgelände zu Straßenschlachten, wobei 10 Polizisten schwer verletzt wurden. Die Betriebsleitung mußte auf den Druck der Arbeiter hin die Kündigungen zurücknehmen und den Personalchef entlassen. Der Streik der AEG-Arbeiter wurde durch Solidaritätsstreiks in anderen Fabriken von Tarrasa unterstützt.

Dieses Beispile zeigt, wie unmittelbar das westdeutsche Kapital das faschistische Regime als Garanten ungestörter Ausbeutung und Profiterzielung braucht und daß gerade die Gewährung von Krediten und die Lieferung von Panzern zur Stützung dieses Regimes dienen.

ZEHN JAHRE TELDIX ODER DER GLAUBE AN DEN KAPITALISTISCHEN FORTSCHRITT.

Das zehnjährige Bestehen der Teldix GmbH, Heidelberg nahm die Lokalpresse zum Anlaß, das Märchen vom kapitalistischen Fortschritt neu aufzuwärmen. Berichtet wird über die eindrucksvollen Forschungsergebnisse. Solange die Presse nur über "Kreisel, Gaslager, Schwungräder" berichtet, kann sie von der "Forschung für Flug- und Verkehrssicherheit" (H.T. 17.4.70) berichten. Es war kein Zufall, wenn die Teldix kurz nach ihrer Gründung den Fertigungsauftrag über wichtige Bordgeräte für den Starfighter erhielt. Wie das Fertigungsprogramm der Teldix aussieht, ist nicht bekannt, es dürfte sich nicht nur auf Flugzeugnavigation beschränken. Torpedos, Bomben, Raketen und Geschütze funktionieren nur mit Navigations- oder Zielgeräten. Wozu die Aufsehen erregenden Entwicklungen der Ingenieure von Teldix eingesetzt werden, wissen wohl die wenigsten. Arbeiter und Angestellten in der Teldix, falls sie überhaupt wissen, was sie entwickeln oder produzieren. Wenn die Presse also von Forschung für Flug- und Verkehrssicherheit spricht, meint sie Kriegsforschung. Welche Rolle hierbei die Universität spielt, deutet die Presse nur nebenbei an: "Außerdem konnte man hier (in Heidelberg) wissenschaftlichen Kontakt zur Universität halten."(H.T.17.4.70) Was diese Verbindung bedeutet, haben die Studenten der Naturwissenschaftlichen Mathematischen Fakultät Heidelberg nachgewiesen. Die Verbindung von Rüstungsfirmen mit der Universitätwissenschaft bedeutet Kriegsforschung.

Auffällig ist wie die Entwicklung eines Bremskraftreglers propagandistische hochgejubelt wird. Unbestritten bleibt, daß es sich hier um eine hervorragende Entwicklung handelt. Doch von einem "Beitrag zur Verkehrssicherheit" zu sprechen, bleibt solange leeres Geschwätz, wie Erfindungen in den Tresoren bleiben. Selbst wenn der Bremskraftregler später einmal produziert wird, bleibt noch immer die Frage offen, ob er auch noch für andere als die Besitzer der Luxusschlitten erschwinglich ist. So bleiben die "humanen" Erfindungen der Rüstungsindustrie lediglich marktschreierische Aushängeschilder.

Von den Unternehmern lernen.

Unter der Überschrift "Kurios" erscheint in der letzen Nummer der "Metall" (Nr. 9 /70), die Nachricht, daß die Stahlunternehmer sich sogenannte "Solidaritätshilfen" zahlen, für den Ausfall während der Septemberstreiks. Was findet die "Metall" denn kurios? Etwa, daß sich die Unternehmer gegenseitig unterstützen, um mächtiger gegenüber den Arbeitern zu sein?
Jeder heute weiß, daß sich die Stahlunternehmen zusammengeschlossen haben und über Preisabsprachen, Produktions- und Lohnabsprachen engstens zusammenarbeiten.
Die Metall regt sich adrüber auf, daß "sofern dies(die Zahlung der Gelder) nichr aus der Gewinnquote geschieht, müßten letzten Endes die Arbeitnehmer selbst eine sture Unternehmerhaltung finanzieren". Erstens ist das falsch, denn auch die Gewinne der Unternehmen werden von den Arbeitern geschaffen. Und zweitens, was machen denn die Gewerkschaften mit den Geldern, die die Arbeiter jahrelang in die Streikkassen gezahlt haben? Die IG-Metall hat während der Streiks keine Streikgelder gezahlt.